

VON AUSSEN

Iranische Ernüchterung

Mit dem Atom-Deal kam weniger Öffnung als erhofft. Aber ohne Atom-Deal gäbe es gar keine

VON NORA MÜLLER

Drei Jahre ist es her, dass der gemäßigte Pragmatiker Hassan Ruhani in den Teheraner Präsidentenpalast einzog. Für die fast 19 Millionen Iraner, die ihm ihre Stimme gaben, verkörperte der Jurist nach acht Jahren unter dem ultrakonservativen Populisten Mahmud Ahmadinedschad nicht nur einen neuen Politikstil, sondern auch einen außen- und wirtschaftspolitischen Neubeginn. Hochrangige Wirtschaftsdelegationen, für die das 80-Millionen-Land zwischen Kaukasus und Golf von Oman ein attraktiver Markt ist, geben sich in Teheran die Klinke in die Hand – zuletzt war Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel dort. Wie kein anderer steht der milliardenschwere Mega-Deal der Flugzeugbauer Boeing und Airbus mit Iran Air für die Rückkehr des Irans auf die globalen Märkte. Nicht zuletzt dank des sprunghaft angestiegenen Außenhandelsvolumens bescheinigt auch der Internationale Währungsfonds der iranischen Wirtschaft positive Wachstumsaussichten.

Doch diese guten Nachrichten verstellen den Blick, denn die Euphorie ist der Ernüchterung gewichen: Der erhoffte Wirtschaftsaufschwung nach dem Atomabkommen mit der »E3+3-Gruppe« (also USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien sowie Deutschland) fällt geringer aus als erwartet. Der niedrige Ölpreis bremst den Aufschwung. Aus Sorge, gegen die weiterhin bestehenden »nicht nuklearbezogenen« Sanktionen der USA zu verstoßen und mit Strafmaßnahmen belegt zu werden, engagieren sich einige internationale Investoren nur ganz vorsichtig. Die größten Probleme der iranischen Wirtschaft aber sind hausgemacht. Zu Recht mahnt die Weltbank Teheran, wirtschaftspolitische Reformen nicht auf die lange Bank zu schieben: Investitionsklima verbessern, staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft zurückfahren, Finanzsektor reformieren. Erst danach sei auch mit einer Belebung des Arbeitsmarkts zu rechnen: Auch nach dem Atomabkommen sind die Arbeitslosenzahlen weiter gestiegen. Fast drei Viertel der Iraner sehen keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Die Erwartungen an die Nuklearvereinbarung mögen von Anfang an überzogen gewesen sein. Die Enttäuschung aber ist real – und könnte für Präsident Ruhani politisch brandgefährlich werden.

Einstweilen setzt der Präsident auf Zweckoptimismus: Das Atomabkommen habe ein gutes Klima für das Land und seine Wirtschaft geschaffen, sagte er jüngst. Doch vor allem für die unteren Schichten der iranischen Bevölkerung bringt der Atom-Deal keine Besserung ihrer Lebensbedingungen. Die einfachen Leute in Teherans armem Süden und den strukturschwachen ländlichen Regionen trifft es besonders hart. Für sie waren schon die von Ruhani durchgesetzten Subventionskürzungen für Treibstoff ein herber Schlag. Seine innenpolitischen Rivalen setzen unterdessen alles daran, diesen Frust zu ihrem Vorteil zu nutzen: Abseits der Großstadt-Boulevards, auf denen Dior ebenso zum Stadtbild gehört wie der Tschador, machen die konservativen Prinzipalisten Stimmung gegen den Präsidenten. Die Hardliner stört nicht nur die weltläufige Urbanität der iranischen Mittelschicht – Ruhanis Stammwählerschaft. Aus ihrer Sicht rüttelt der auf Öffnung und Austausch mit dem Westen ausgerichtete Kurs des Präsidenten am ideologischen Fundament der Islamischen Republik.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen stehen im Mai 2017 an, doch schon jetzt schalten Ruhanis Gegner auf Wahlkampfmodus. Ein aussichtsreicher Gegenkandidat ist allerdings bislang nicht in Sicht. Ruhanis Amtsvorgänger Ahmadinedschad, der sich vor allem durch antiwestliche Tiraden auszeichnete und mit staatlich subventionierten Strom-, Benzin-, Wasser- und Brotpreisen zwar kurzfristig innenpolitisch punkten konnte, aber langfristig der iranischen Wirtschaft massiven Schaden zufügte, arbeitete bereits an einem Comeback. Aber nach für iranische Verhältnisse überdeutlicher Kritik des Obersten Revolutionsführers Ali Chamenei an seiner Kandidatur machte Ahmadinedschad Ende September einen Rückzieher. General Kassem Soleimani, Chef des berühmten Auslandsarms der Revolutionsgarden mit Hang zum Selfie-Schießen, koordiniert die iranischen Operationen in Syrien und im Irak und erfreut sich

bei seinen Landsleuten als wackerer Kämpfer gegen den IS und Beschützer der Schiiten größter Beliebtheit. Dass Soleimani schon jetzt als möglicher Kandidat des Prinzipalistenlagers gehandelt wird, spricht allerdings eher gegen als für eine tatsächliche Kandidatur. Er selbst erklärte vielsagend, er hoffe, auch in Zukunft Soldat zu bleiben.

Nicht nur innenpolitisch fällt Ruhanis Bilanz durchwachsen aus. Im Westen stellt man ernüchtert fest, dass das Atomabkommen keine neue Ära der Kooperation mit Teheran eingeläutet hat, und verfolgt die iranischen Hegemonialambitionen in Nahost und die noch immer schwierige Menschenrechtslage mit Sorge. Dennoch: Europa und die USA müssen ein klares Interesse daran haben, dass Ruhani seinen Kurs der Öffnung fortsetzen kann. Denn die Alternativen wären erneute Abschottung Teherans vom Westen und weiter eskalierende Spannungen zwischen dem Iran und seinen sunnitisch-arabischen Nachbarn. Doch Vorsicht: Westliche Versuche, Einfluss auf die iranische Innenpolitik zu nehmen, können nur schiefgehen. Stattdessen sollten sich Europa und die USA auf die Umsetzung der Nuklearvereinbarung konzentrieren und Teheran, wo sinnvoll und möglich, in die Lösung regionaler Konflikte einbeziehen. Jede andere Form westlicher »Wahlkampfhilfe« würde Ruhani schwächen.

Nora Müller leitet den Bereich Internationale Politik der Körber-Stiftung in Berlin

Fotograf: Fotos: ddp (Filmszene aus »Club der toten Dichter«; R.: Peter Weir, 1988); privat (u.)